

OA-Update/06, 23.09.2021

# Russland



Eine Woche vor den Bundestagswahlen fanden in Russland die Staatsduma-Wahlen statt. Aufgrund der Corona - Beschränkungen wurden die Wahlen über drei Tage gestreckt. Die Regierungspartei Einiges Russland ging, wie erwartet, als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Allerdings musste sie

mit 49,8 Prozent der Stimmen kleinere Einbußen hinnehmen. Bei der letzten Parlamentswahl 2016 erreichte sie noch 54 Prozent. Zweitstärkste Partei ist die Kommunistische Partei (KPRF) mit 18,9 Prozent, die bei diesen Wahlen von den Protestwählern profitierte (2016 noch 13,3 Prozent). Überschattet wurden die Wahlen durch zahlreiche Berichte über Manipulationen. Eine Einschätzung der Wahlergebnisse finden Sie [hier](#).

Nach einem massiven Preiseinbruch im Corona-Jahr 2020 sind aktuell enorme Preissteigerungen auf dem russischen Gasmarkt zu beobachten. Vor diesem Hintergrund kursieren derzeit Vorwürfe, Russland versuche über hohe Gaspreise die schnelle Inbetriebnahme der Ostseepipeline Nord Stream 2 zu erzwingen. Neben der weltweiten Konjunkturerholung gibt es für die hohen Gaspreise allerdings eine Reihe von Erklärungen, wie notwendige Wartungs- und Reparaturarbeiten bei europäischen Pipelines und die große Gasnachfrage in Asien. Das Thema spielte unter anderem auch bei der jüngsten Sitzung des OA-Arbeitskreises Russland am 14. September eine Rolle. Mehr zu diesen und weiteren Entwicklungen finden Sie im heutigen Update.

Hier die Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Die Ostseepipeline **Nord Stream 2** ist inzwischen physisch fertig gestellt und wird für den Gastransport vorbereitet. Dieser soll nach Hoffnung der Betreiber noch 2021 starten. Vor Lieferbeginn müssen aber noch Zertifizierungsfragen geklärt werden. Die Dauer des entsprechenden Genehmigungsverfahrens ist schwer vorherzusagen.

Derzeit kursieren Vorwürfe, Russland versuche über **hohe Gaspreise** die schnelle Inbetriebnahme der Ostseepipeline Nord Stream 2 erzwingen. 43 EU-Parlamentarier, darunter Reinhard Büttikofer (Grüne) und Michael Gahler (CDU) haben sich am 16. September in einem Schreiben sogar an die EU-Kommission gewandt und eine Untersuchung gegen Gazprom wegen möglicher Marktpreismanipulationen verlangt. Zur aktuellen Entwicklung auf dem Gasmarkt nimmt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes wie folgt Stellung:

„Nach dem massiven Preiseinbruch im Corona-Jahr 2020 sind aktuell enorme Preissteigerungen auf dem Gasmarkt zu beobachten. Es gibt dafür neben der weltweiten Konjunkturerholung eine Reihe von Erklärungen, wie notwendige Wartungs- und Reparaturarbeiten bei europäischen Pipelines und die große Gasnachfrage in Asien. **Gazprom erfüllt alle seine Lieferverträge.** Russisches Pipelinegas ist aktuell deutlich günstiger als Gas auf dem Spotmarkt. Dies schirmt Europa ein Stück weit gegen die hohen Weltmarktpreise ab. Es würde aber zur Beruhigung der Marktsituation beitragen, wenn Gazprom wo möglich zusätzliche Liefermengen anbieten würde. Extrem hohe Gaspreise können langfristig nicht im Interesse von Gazprom sein, weil die Konkurrenz durch LNG oder andere Energieträger zunehmen würde. Dann wird etwa Kohlestrom infolge steigender Gaspreise Angebotslücken füllen, was aus Sicht des Klimaschutzes problematisch wäre.“ Das vollständige Statement finden Sie [hier](#).

Am 21. Juli ist eine **deutsch-amerikanische „Gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele“** vorgestellt worden, in der die USA Bedingungen für die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 gegenüber der Bundesregierung formulieren. Inzwischen sind die ersten Schritte zur Umsetzung erfolgt. Bundeskanzlerin Merkel reiste dazu Ende August auch nach Moskau und Kiew. Georg Graf Waldersee wurde nach 2019 erneut als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Gespräche zur Verlängerung des ukrainisch-russischen Gastransitvertrages benannt und hat bereits erste Gespräche geführt. Parallel dazu bereitet die Bundesregierung gerade einen Grünen Fonds zur Unterstützung von Energieprojekten in der Ukraine vor, in den die Bundesregierung laut der deutsch-amerikanischen Vereinbarung in einem ersten Schritt 150 Millionen Euro investieren soll.

**Klimawandel und Energiewende** spielen auch in der aktuellen Pipeline-Diskussion eine wachsende Rolle. Sowohl Nord Stream 2 als auch das ukrainische Transitsystem bereiten sich bereits auf die Möglichkeit der Beimischung von Wasserstoff zu Erdgas vor. Die russische Regierung hat im August ihr Konzept für die Entwicklung der Wasserstoff-Industrie [veröffentlicht](#). Die Regierung rechnet demnach mit einer Steigerung der Wasserstoff-Exporte bis 2050 auf bis zu 50 Millionen Tonnen jährlich. Zuvor ging man von maximal 34 Millionen Tonnen aus. Entsprechend der neuen Schätzung könnten die Exporterlöse bis zu 150 Milliarden Dollar ausmachen. Mit Blick auf die Klimaziele der EU ist das russische

Energieministerium zuversichtlich, die Exportchancen für russischen Wasserstoff zu erhöhen.

Laut der Berechnungen des russischen Nachrichtenportals RBC könnte der geplante CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich der EU Russlands Exporteure 1,13 Milliarden Euro jährlich kosten. Der Großteil der Abgaben entfalle auf Produzenten von Stahl (655 Millionen Euro) und Stickstoffdünger (398 Millionen Euro). Russland wäre demnach unter den Handelspartnern der EU am stärksten betroffen.

Aktuell arbeitet die russische Regierung an einer **Road Map für die Dekarbonisierung der russischen Wirtschaft bis 2050**. Danach sollen die Netto-Treibhausgasemissionen „unter die Werte der EU“ gesenkt werden. Erreicht werden soll dies unter anderem durch effizientere Technologien und die effizientere Nutzung von CO<sub>2</sub>-Senkungsleistungen von Wäldern und Feldern.

In einer Empfehlung vom 16. September 2021 forderte das **EU-Parlament (EP) eine härtere Haltung in der zukünftigen EU-Russlandpolitik** und zieht zahlreiche neue Sanktionen in Erwägung. Die Vorlage wurde mit einer deutlichen Mehrheit von 494 Stimmen bei 103 Gegenstimmen und 72 Enthaltungen angenommen. Nach Ansicht der Mehrheit der EU-Parlamentarier solle Russland unter anderem für die Entwicklung in Belarus neu sanktioniert werden. Zukünftige Wirtschaftsprojekte sollten an Schritte hin zu einem demokratischen Wandel in Russland geknüpft werden. Die europäische Russlandpolitik solle künftig nur noch in Brüssel gemacht und die Einführung von neuen Sanktionen über die Einführung von Mehrheitsvoten vereinfacht werden. Verbunden wurde mit der Empfehlung die Aufforderung an die EU-Kommission, das Projekt Nord Stream 2 auch nach dessen Fertigstellung zu stoppen. Zusätzlich schlägt das EU-Parlament vor, die Einfuhr von Energierohstoffen aus Russland zu einem festen Prozentsatz zu reduzieren und diesen Prozentsatz jährlich zu steigern, falls Russland sich aggressiv gegen die EU verhalte. In Russland wurden die EU-Parlamentsbeschlüsse scharf kritisiert. Der russische Außenminister Lawrow kritisierte insbesondere die Forderung, einzelnen EU-Ländern zu verbieten, bilaterale Beziehungen zu Moskau aufzubauen. Vollständiges EP-Dokument: [TA \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/ta).

Der russische Präsident Wladimir Putin hat das **Embargo gegen Lebensmittel aus Deutschland und der EU** per Erlass erneut um ein Jahr **bis zum 31. Dezember 2022 verlängert**. Das im August 2014 erstmals verhängte Einfuhrverbot etwa für Milchprodukte, Fleisch, Obst und Gemüse aus der EU war eine Reaktion auf die Strafmaßnahmen des Westens gegen Russland im Zuge des Ukraine-Konflikts. Putin hatte immer wieder erklärt, das Embargo helfe auch, die Selbstversorgung - etwa in der Milchwirtschaft - zu verbessern, um weniger von Importen abhängig zu sein. Das Embargo betrifft etwa neben der EU auch die USA, Australien, Kanada und die Ukraine.

## Konjunktur

---

Die **Prognose für die russische Wirtschaft** wurde aufgrund verbesserter Aussichten für das Weltwirtschaftswachstum und die russischen Exporte nach oben revidiert. Das BIP soll in diesem Jahr von der niedrigen Vorjahresbasis um mehr als 3,5 Prozent steigen, bevor es sich 2022–2023 auf etwas über 2,5 Prozent im Durchschnitt einpendelt. Auch das russische Wirtschaftsministerium hat für 2021 seine Wachstumsprognose von 3,8 Prozent auf 4,2 Prozent angehoben. Begründet wurde dies unter anderem damit, dass die jüngsten Sonderzahlungen an die Bürger die Nachfrage stützten. Gleichzeitig haben die Verbraucherpreise in Russland ihre Teuerung auch im August beschleunigt. Laut der Statistikbehörde Rosstat lagen sie um 6,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat.

Besonders gut sah es im ersten Halbjahr 2021 für **Russlands Banken** aus: Sie verdoppelten ihre Gewinne gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 13,8 Milliarden Euro. Die Zentralbank erklärt die guten Zahlen vor allem mit geringeren Ausgaben der Banken für Rückstellungen, höheren Kapital- und Provisionseinnahmen.

## Projekte

---

**Nord Stream 2:** Rosneft könnte eine Exporterlaubnis für Erdgas durch die Ostseepipeline Nord Stream 2 erhalten. Vor einigen Wochen hatte Rosneft-CEO Igor Setschin die Regierung um eine Exporterlaubnis gebeten, die bislang nur Gazprom vorbehalten ist. Das russische Energieministerium prüft die Anfrage derzeit. Rosneft plant im kommenden Jahr seine Erdgasförderung auszuweiten und verspricht sich zusätzliche Einnahmen in Höhe von 430 Millionen Euro jährlich.

**Rosatom:** Eine Tochter der russischen Atombehörde Rosatom will im Gebiet Kaliningrad eine Fabrik für Lithium-Ionen-Akkus bauen. Bis 2026 soll die Fabrik mit einer geplanten Kapazität von drei Gigawattstunden pro Jahr fertiggestellt werden. Laut Experten könne man damit 45.000 Autos ausstatten. Konkret soll die Fabrik beim Tochterunternehmen Renera angesiedelt werden, das auf das Energiespeichergeschäft spezialisiert ist. Renera ist wiederum eine Tochter der TVEL Fuel Company, die ihrerseits Teil von Rosatom ist.

## Veranstaltungsnachlese

---

**7. Juli, 11:00 Uhr: Online-Konferenz „Gemeinsam erfolgreich! Die Deutsch-Russische Initiative zur Technischen Regulierung“.** Der Titel war Programm beim schon traditionellen Treffen russischer und deutscher Spezialisten aus dem Bereich der Standards und Normen auf der Industriemesse Innoprom. Dass die deutschen Referenten leider auch dieses Jahr nur online zugeschaltet werden konnten, tat dem Format keinerlei Abbruch. Im Mittelpunkt standen Best Practices beim Einsatz von neuen Standards in der Industrie 4.0 und den dazugehörigen Plattformen in der Russischen Föderation. Die Konferenz, an der auch zahlreiche Vertreter russischer Normungsinstitute und staatlicher

Organisationen teilnahmen, bildete den würdigen Rahmen zur Vorstellung der Broschüre [„Harmonisierung der Technischen Reglements – eine Chance für deutsche und russische Unternehmen.“](#) Die Publikation dokumentiert die durchaus beachtlichen Erfolge der bisherigen Arbeit.

Die russische Wirtschaft kommt gestärkt aus der Corona-Krise zurück: Aktuell werden bereits die Zahlen des Vorkrisenjahres 2019 übertroffen, erläuterten Experten im Rahmen der **Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Russland, der am 14. September unter Vorsitz von Mario Mehren**, Vorstandsvorsitzender von Wintershall Dea, erstmals hybrid tagte. Gesteigerte Sozialausgaben vor den bevorstehenden Duma-Wahlen sowie geplante staatliche Infrastrukturmaßnahmen würden die Konjunktur weiter befeuern. Die UniCredit-Bank rechnet inzwischen für die Jahre 2021 und 2022 mit einem Wachstum von jeweils rund vier Prozent. Die Inflation sei mit über sechs Prozent hoch, der Rubel deutlich unterbewertet. Neben einer Analyse der konjunkturellen Lage beschäftigte sich der Arbeitskreis mit Finanzierungsangeboten der staatlichen russischen VEB.RF für mittelständische Unternehmen. Positiv wurde der im Juli gefundene deutsch-amerikanische Kompromiss zum Reizthema Nord Stream 2 beurteilt. Die Bundesregierung ist bereits aktiv in der Umsetzung, führt Gespräche über eine Fortsetzung des ukrainisch-russischen Transitvertrags und bereitet einen Grünen Fonds für Energieprojekte in der Ukraine vor. Die Ostsee-Pipeline ist physisch fertig, vor Lieferbeginn müssen noch Zertifizierungsfragen geklärt werden. Einen ausführlichen Bericht zur Sitzung des Arbeitskreises finden Sie [hier](#).

## Kommende Veranstaltungen

- **3.-7. Oktober 2021: Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden – NUR FÜR NOMINIERTE**
- **12. Oktober 2021: Online-Konferenz Pushing Eastern Europe Forward - Part V: „Cyber Security in Zeiten von Cyber Crime“**
- **November 2021: Deutsch-Russischer Unternehmerrat**
- **2. Dezember 2021: Konferenz „Brücken bauen in schwierigen Zeiten“.**  
Schwerpunkt: Deutsch-Russische Energie-Partnerschaft - Erfolge und Perspektiven – HYBRID

## Tipps & Links

Anlässlich der Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses am 9. Juni 2021 ist das umfangreiche **Mittel- und Osteuropa-Jahrbuch 2021** erschienen. Das Jahrbuch Mittel- und Osteuropa 2021 enthält auf rund 200 Seiten einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in unseren 29 Partnerländern und dokumentiert die Veranstaltungen und Projekte des Ost-Ausschusses in den zurückliegenden zwölf Monaten. Informationen zu den neu gebildeten Gremien und ein Verzeichnis der knapp 400 OA-Mitglieder schließen sich an. Danach folgen Wirtschaftsprofile aller mittel- und

osteuropäischen Länder. Dadurch wird das Jahrbuch zu einem wertvollen Nachschlagewerk. Für eine kostenlose Zusendung (Printversion) des Jahrbuchs wenden Sie sich bitte an [m.stender@oa-ev.de](mailto:m.stender@oa-ev.de)

Die **Russland-Analysen** als Teil der [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de) bieten regelmäßig kompetente und wissenschaftlich fundierte Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Russland. Die aktuelle Ausgabe finden Sie hier: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/>

Die **Russian Business Group von PwC** hat einen neuen Newsletter zu aktuellen steuerlichen Entwicklungen in Russland herausgebracht:

<https://blogs.pwc.de/russland-news/2021/01/12/russian-tax-and-legal-news-januar-2021/>

Ebenso werden regelmäßige Updates zu Russland auf dem PWC-Blog veröffentlicht: [blogs.pwc.de/russland-news](https://blogs.pwc.de/russland-news)

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Eine umfassende Übersicht über alle **Corona-Hilfspakete** in Russland finden Sie auf der Seite der GTAI:

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/russland/covid-19-versetzt-russlands-wirtschaft-schweren-schlag-242418>

Regionale Länder-Updates zu **Gesetzgebung, Rechtsprechung und behördliche Praxis** beim Noerr Corona Crisis Center: <https://www.noerr.com/de/landingpages/im-fokus-coronavirus#panel967B958976E44CD1A400638CC92E70E7>

**Live-Ticker und News** zum Coronavirus in Russland:

<https://russland.ahk.de/infothek/news/detail/ahk-liveticker-coronavirus-in-russland>

Die **Association of European Businesses in Russland** bietet auf ihrer Covid-19-Seite aktuelle Updates zu föderalen und regionalen Anordnungen und Entscheidungen sowie eine sehr gute Übersicht über Informationsseiten und Kontakte zu offiziellen Behörden und medizinischen Einrichtungen: [https://aebrus.ru/en/news\\_covid19/](https://aebrus.ru/en/news_covid19/)

Die **Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der



größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: Cristina Zelenac, Tel.: 030 20 61 67-121, [C.Zelenac@oa-ev.de](mailto:C.Zelenac@oa-ev.de)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

## Kontakt

---



**Dr. Christiane Schuchart**  
Regionaldirektorin Russland  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**  
T. +49 30 206167 123  
[C.Schuchart@oa-ev.de](mailto:C.Schuchart@oa-ev.de)



**Jens Böhlmann**  
Leiter Kontaktstelle Mittelstand  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**  
T. +49 30 206167-127  
[J.Boehlmann@oa-ev.de](mailto:J.Boehlmann@oa-ev.de)



**Alena Akulich**  
Projektmanagerin Deutsch-Russisches Themenjahr für  
Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung/  
Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**  
Tel.: 030 206167-129  
[A.Akulich@oa-ev.de](mailto:A.Akulich@oa-ev.de)



**Tatiana Pushina**

Assistentin der Regionaldirektion Russland  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Tel.: 030 206167-128

[T.Pushina@oa-ev.de](mailto:T.Pushina@oa-ev.de)



Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.** Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)